

Francois Fillon auf dem Durchmarsch

Der neue Hoffnungsträger der strammsten Konservativen Frankreichs, Francois Fillon, dürfte sich im zweiten Durchgang der bürgerlichen Vorwahlen, diesen Sonntag, gegenüber dem moderater und offener auftretenden Alain Juppé durchsetzen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Die Sache scheint gelaufen: aller Voraussicht nach dürfte im zweiten Durchgang der bürgerlichen Vorwahlen, morgen Sonntag, Francois Fillon zum Präsidentschaftskandidaten der französischen Mitte-Rechts-Kräfte für 2017 gekürt werden. Bereits im ersten Durchgang am letzten Sonntag, bei dem eine Rekordbeteiligung von vier Millionen Wählern verzeichnet wurde, war Francois Fillon mit 44 Prozent klar in Führung gegangen. Der ebenfalls kandidierende Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy schied mit nur 20 Prozent aus dem Rennen aus und gab eine Wahlempfehlung für Fillon ab.

Der am vergangenen Sonntag, mit 28 Prozent zweitgereichte Alain Juppé, der jetzt in der Stichwahl gegen Fillon antritt, dürfte seinen Rückstand nicht wettgemacht haben. Seine letzte Chance, um doch noch durch einen Eklat aufzuholen, bot sich bei einem abschließenden TV-Duell am Donnerstag-Abend. Doch die Debatte verlief dafür zu geruhsam. Auch wenn diese Diskussion gewisse Unterschiede zwischen den Strategien zweier Persönlichkeiten deutlich machte, die beide jeweils bereits als Premierminister gedient und ihre ganze Politikarriere in den Reihen der größten bürgerlichen Bewegung Frankreichs, also bei den Gaullisten, absolviert haben.

- **Francois Fillon** bekannte in dem TV-Duell: „Es stimmt schon, dass mein Projekt radikaler und vielleicht auch schwieriger ist. Aber wenn man jetzt nicht radikal ist, dann frage ich mich, wann man es jemals sein wird“. Begründung: In Frankreich sei man „seit 30 Jahren vor den Reformen zurückgeschreckt, die in Deutschland und Großbritannien unternommen wurden“. Deshalb befinde sich das Land in einer „Situation des Quasi-Bankrotts“ und „am Rande einer Revolte“. Die „Versuchung des Extremismus“ sei allgegenwärtig. Gegen die „ständig wachsende Steuerflut“, die immer mehr Investoren verjage, die „abgrundtiefe Verschuldung“ und die Arbeitslosigkeit könne nur ein schneller und radikaler Einschnitt gegen die Staatsausgaben helfen: Fillon will vor allem im öffentlichen Dienst über eine halbe Million Posten (von insgesamt fünf Millionen) innerhalb von fünf Jahren abbauen.
- **Alain Juppé** hält dieses Ziel von Fillon für unrealistisch. Juppé will sich mit dem Abbau von 250.000 Posten im öffentlichen Dienst begnügen. Andernfalls könnten, so Juppé, überhaupt keine neuen Polizisten oder Krankenpfleger angestellt werden. Auch sonst wirft Juppé seinem Rivalen „soziale Brutalität“ vor – etwa bei der Krankenversicherung. Tatsächlich möchte Fillon diese „staatlichen“, wobei nur mehr bei „schweren und langen Erkrankungen“ Anspruch auf öffentliche Kostenerstattung für Medikamente gelten sollte. Beide wollen die derzeitige Wochenarbeitszeit von 35 Stunden (als Berechnungsgrundlage für Überstunden) abschaffen. Juppé will aber dafür gewisse Gehaltsverbesserungen durch die

Sozialpartner aushandeln lassen, Fillon will die bisherigen Arbeitszeitregeln generell und kompensationslos kippen.

Dazu kommen gesellschaftspolitische Differenzen. Fillon wird von der konservativ-katholischen Bewegung gegen die Abtreibung und die Homo-Ehe unterstützt. Er selber will zwar weder am Recht auf Abtreibung noch an der bereits eingeführten Homo-Ehe rütteln, aber das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare einschränken.

Von Migranten fordert Fillon šAssimilierungš, dem Schulwesen wirft er mangelnde Unterweisung in nationaler Geschichte vor. Juppé betont hingegen, Frankreichs Stärke liege in der šVielfaltš seiner Bevölkerung, man dürfe nur nicht in religiöse Abschottungen verfallen. Das brachte Juppé eine Flut von Beschimpfungen durch rechtsrechte Hetzer ein, die ihn im Netz nur mehr šAli Juppéš nennen.

Schließlich wurde Fillon vom russischen Staatschef Putin sinngemäß als weltweite Ausnahme-Erscheinung gepriesen. Fillon tritt für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland ein und tendiert zu Putins Haltung im Syrien-Krieg.